

Liebe Mitglieder,

der letzte Rundbrief ging an alle Interessierten ohne E-Mail-Adresse. Wegen der hohen Kosten und unserem (noch) kleinen finanziellen Polster ist dieser nicht häufiger als ¼ -jährlich zu erstellen. Ihr als Mitglieder sollt natürlich auch zwischendurch die wichtigsten Infos erhalten. So wollen wir Euch möglichst zwei-monatlich einen Mitgliederrundbrief schicken, bei aktuellen wichtigen Anlässen sollen auch zwischendurch Briefe verschickt werden. (Vielleicht sollten wir bei Reemtsma einmal bezüglich Sponsoring anfragen?) ☺

BasisGrün beteiligt sich an dem „Netzwerk für eine alternative Politik“, an dem sich neben der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative die IG Metall, IG Medien, viele Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, Mitglieder von PDS sowie des linken Spektrums von SPD und BündnisGrünen (u.a. Annelie Buntenbach) beteiligen. Wir betrachten dieses Netzwerk als die Chance für ein neues linkes Spektrum in der Bundesrepublik. In diesem Rundbrief erhaltet Ihr den *Aufruf für den im September in Berlin stattfindenden Kongreß*.

Weitere Infos werdet Ihr vermutlich mit dem nächsten Rundbrief erhalten, auf jeden Fall rechtzeitig, ebenso die Einladung zu unserem nächsten bundesweiten BasisGrün-Treffen.

Zur Zeit ist bundesweit die Debatte über die Bundeswehr-Strukturreform im Gange. Der Bundesvorstand der BündnisGrünen hatte dagegen nicht die Absicht auf der kommenden Bundesdelegiertenkonferenz in Münster das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Anstatt die Parteibasis zu beteiligen sollte ein Beschluß auf dem Länderrat herbeigeführt werden. Dieser beschloß jedoch, das Thema Bundeswehrstrukturreform auf die Tagesordnung der BDK zu setzen. Anbei erhaltet Ihr eine *Stellungnahme des „Bundesausschusses Friedensratschlag“* zu diesem Thema, um damit auch eine Meinung aus dem Friedensinitiativen-Spektrum zu erhalten.

Ein weiterer wichtiger Punkt in Münster ist die Wahl des Bundesvorstandes. Die Meldungen in den Medien waren falsch, dass Renate Künast von der Grünen Linken unterstützt wird. Richtig ist, dass sich die Grüne Linke auf einem Treffen in Kassel am 06./07. Mai darauf geeinigt hat, Renate Künast zu akzeptieren und eine Kandidatur von Antje Radcke nur auf Platz 2 (gegen Fritz Kuhn) zu unterstützen. Als Empfehlung für die Wahl der weiteren Plätze im Bundesvorstand schlagen wir

die Unterstützung von Angelika Albrecht sowie Silke Kolwitz vor. Außerdem gibt es eine Kandidatur von Felicitas Weck für die Bundesgeschäftsführung. Fee ist Mitglied in unserem SprecherInnenrat und hat die Kompetenz, diesen Posten besser als die jetzige Geschäftsführung auszufüllen.

So, das soll's für heute erst einmal sein. Wir würden uns über Anregungen und Wünsche zu diesem Rundbrief freuen, damit Ihr in Zukunft auch das erhaltet, was Euch interessiert.

Mit basisgrünen Grüßen,  
im Namen des SprecherInnenrates,

Ralf

*P.S.: Die Bleiwüste bitte ich zu entschuldigen, das nächste Mal werden wir uns mehr Mühe geben!*

### **Inhalt des Rundbriefes:**

(Die Beiträge sollen der Information und Diskussion dienen, sie sind nicht Beschluß von BasisGrün oder des SprecherInnenrates)

- Daniel Kreutz: Schwächt Rot-Grün im Bund?
- Halb-Zeit - Rot-Grün braucht Einmischung!  
22./23. September 2000 in Berlin: Konferenz und Aktionen
- Euro-Crash und Euro-Visionen: Europa kann nicht warten! (Tom Sauer)
- Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Umstrukturierung der Bundeswehr
- Annelie Buntenbach, MdB: Initiative zur Ächtung von Munition mit abgereichertem Uran
- Brief der polnischen Grünen an den Außenminister und die Antwort
- Bewerbungen für den Bundesvorstand:
  - Angelika Albrecht
  - Silke Kolwitz
  - Felicitas Weck

## **Schwächt NRW Rot-Grün im Bund?**

**Kommentar von Daniel Kreutz (MdL bis Mai in NRW) im Neuen Deutschland Anfang Juni 2000**

Rot-Grün ist ein Parteienbündnis, das in Düsseldorf wie in Berlin das Projekt der *Neuen Mitte* vorantreibt, also die (post-)sozialdemokratische Variante der neoliberalen Revolution. Sie unterscheidet sich von der schwarz-gelben vor allem durch ihre Fähigkeit, die Gewerkschaften in eine strategische Konsenspolitik mit den Interessenvertretungen des Kapitals einzubinden.

Die *Neue Mitte* ist quasi ein Exportschlager *made in NRW*. Es war ein Schwergewicht aus NRW, das

Tony Blairs *Dritten Weg* für Deutschland adaptierte und als Ghostwrighter des Schröder/Blair-Papiers fungierte: Bodo Hombach, graue Eminenz der NRW-SPD und erster Wirtschaftsminister im Kabinett Clement. Rot-Grün im Bund wurde - trotz Schröders Vorliebe für eine Große Koalition - möglich, nachdem diese Konstellation im nordrhein-westfälischen Feldversuch ihre Eignung als Träger des Projekts der *Neuen Mitte* bewiesen hatte.

So hat denn der rot-grüne Vorstand der *Standort NRW AG* unter Clement schon bisher keinen Zweifel daran gelassen, dass auf seiner Agenda vor allem anderen eines steht: die Stärkung des Wirtschaft im Kampf gegen Schwächere - weshalb Arbeit billiger, der Sozialstaat marktförmig „verschlankt“, öffentliche Verwaltung zum Dienstleister für die Wirtschaft werden, und „unmoderne“ Rechte der ArbeitnehmerInnen abgebaut werden sollen.

Spätestens mit der Wahl Clements zum Rauh-Nachfolger im Juni 1998 hatten die NRW-Grünen einen Regierungskurs akzeptiert, der unter Beifall von Schwarzen und Gelben zum neoliberalen Aufbruch blies. Seither haben die „ModernisiererInnen“ in beiden Regierungsparteien mit Hilfe des „Rückenswinds aus Berlin“ ihre machtpolitische Hegemonie gefestigt und ihre sozial-ökologische Linke vollends marginalisiert. Wenn es darum ging, die rot-grüne Bundesregierung zugunsten einer noch stärkeren Bedienung von Arbeitgeberwünschen unter Druck zu setzen, nahm NRW schon bisher eine „oppositionelle“ Haltung ein – oft im Schulterschluss mit CSU-Bayern. Bezeichnenderweise zog das marktradikale Original Möllemanns bei der Landtagswahl deutlich mehr ehemalige WählerInnen von Rot-Grün an als von der CDU.

Welche Kombination von Rot, Grün, Gelb und Schwarz regiert, ist heute keine Frage grundsätzlicher politischer Richtungen mehr. *Alle* denkbaren Kombinationen servieren ein neoliberales Hauptgericht. Der Streit um die Beilagen folgt eher klientelistischen Erwägungen als programmatischer Überzeugung. Gemessen an den zu erwartenden Ergebnissen des Regierungshandelns dürfte Rot-Gelb und Rot-Grün in Düsseldorf kaum noch unterscheidbar sein. Da Möllemann bereits gelobte, der SPD die Bundesratspolitik allein zu überlassen, droht auch der Bundespolitik keine Gefahr.

Unter solchen Umständen ist nicht erkennbar, warum Rot-Grün oder Rot-Gelb in NRW die Berliner Regierungspolitik und ihren Kanzler überhaupt ernsthaft tangieren sollte. Dass es den Neuen

Grünen im Land nicht gefiele, ihre Sessel an Clements Kabinetttisch an die alte FDP abzugeben und die Berliner Grünen verstärkt um die ihrigen bangen müssten, versteht sich von selbst. Dass die „post-sozialdemokratische“ NRW-SPD mit der gelben Karte nur spielte, um den politischen Preis ihrer grünen Mehrheitsbeschaffer auf Null zu drücken, liegt wohl eher an den emotionalen Vorbehalten ihrer Landesdelegierten gegen die Möllemann-Truppe und den entsprechenden Vermarktungsproblemen eines Koalitionswechsels. Den Grünen brächte ein Wechsel auf die Oppositionsbank andererseits kein Revival sozial-ökologischer Linksoption mehr, sondern vor allem eine forcierte Schwarz-Grün-Debatte, um sich als zweite liberale Scharnierpartei zwischen den Großen zu positionieren.

Was immer jetzt in NRW geschieht, stärkt die Neue SPD gegenüber den Neuen Grünen. In der Summe dürfte sich das ausgleichen. Die gemeinsame Schwäche von Rot-Grün bleibt indes, dass da gegen die Erwartungen erheblicher Teile der „eigenen“ Wählerschaft regiert wird, die an die Ziele der „alten“ Lafontaine-SPD und der „alten“ Grünen gebunden bleiben. Zumindest im Westen - siehe NRW - bleibt das Unbehagen an sozialer Ungerechtigkeit, ökologischer Verantwortungslosigkeit und außenpolitischer Militarisierung nicht anderweitig parteipolitisch kanalisierbar. Ohne Chance, ihre Versprechen eines nachhaltigen Abbaus der Erwerbslosigkeit und einer neuen kapitalistischen Wohlstandsentwicklung einzulösen, wird die rot-grüne *Neue Mitte* mittelfristig eher einem neuen Rechtspopulismus den Boden bereiten. Die sozial-ökologische Opposition in der Gesellschaft sollte sich beeilen, neue Wege der Interventions- und Artikulationsfähigkeit zu erschließen.

**22./23. September 2000 in Berlin: Konferenz und Aktionen**

# **Halb - Zeit!**

## **Zwei Jahre Rot-Grün - Politik braucht Einmischung!**

**Wir wollten nicht nur eine andere Regierung. Wir wollen eine andere Politik:**

- **Soziale Gerechtigkeit: Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben.**
- **Arbeit für alle: Kampf gegen Arbeitslosigkeit - nicht gegen Arbeitslose.**
- **Bildung und Ausbildung für alle.**
- **Mehr Demokratie und Engagement für die Menschenrechte.**
- **Geschlechterdemokratie als gesellschaftliches Ziel.**
- **Friedenspolitik und Abrüstung.**
- **Atomausstieg und ökologischer Umbau.**
- **Solidarität in Europa und zwischen Nord und Süd.**

Die neue "rot-grüne" Bundesregierung stimmte viele Menschen hoffnungsvoll. Zu Beginn beschloss sie soziale Verbesserungen wie die Wiederherstellung der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Doch dann blieben Ansätze zu Reformen stecken: zum Beispiel der Atomausstieg, die Ökosteuer, volle Bürgerrechte für hier lebende Ausländer. Andere Reformen hat die Regierung aufgegeben, so die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung und die Neugestaltung der Ausbildungsförderung. Obendrein unterstützte die rot-grüne Bundesregierung den völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Jugoslawien.

Ausgeglichene öffentliche Haushalte und niedrige öffentliche Ausgaben wurden Hauptziele der Sozial- und Finanzpolitik. Die Folgen: eine unerbittliche Sparpolitik zu Lasten vor allem von Erwerbslosen, Sozialhilfebeziehern, Rentnerinnen und Rentnern; noch mehr Druck auf Arbeitslose, auch unzumutbare Beschäftigungsverhältnisse einzugehen; Ausweitung und Förderung des Niedriglohnssektors. Ohne massiv gegenzusteuern wird hingenommen, dass im 10. Jahr der deutschen Einheit die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland auf Rekordniveau verharrt und ökonomisch der Abstand zum Westen sogar wieder anwächst. Gleichzeitig plant die Regierung weitere erhebliche Steuerentlastungen für Großunternehmen und hohe Einkommen. Mächtige gesellschaftliche Gruppen

nehmen Einfluss, um Kapitalinteressen durchzusetzen. Sie wollen Vorrechte, Ausbeutung und Unterdrückung erhalten und nicht zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensweisen fortsetzen.

Die Bundesregierung behauptet: "Es gibt keine Alternative." Doch wir haben eine Alternative: Wir haben Vorstellungen einer sozial gerechten, demokratischen, ökologisch intakten und friedlichen Welt. Dafür engagieren wir uns wie viele andere in Bewegungen, Gruppen und Initiativen außerhalb des Parlaments. Gesellschaftliche Demokratie und zukunftsfähige Politik kann es nur geben, wenn sich viele Menschen gemeinsam und unüberhörbar einmischen.

Wir stecken nicht auf. Wir wissen, dass der Aufbruch in eine humane und demokratische Gesellschaft nur gelingen wird, wenn wir uns einmischen. Wir wollen die Zukunft nicht allein Politikern und Politikerinnen überlassen, nicht denjenigen, die mit ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Macht nur ihre Interessen durchsetzen. Keine parlamentarische Mehrheit oder Regierungskoalition kann unser Handeln ersetzen. Wir wollen noch mehr Menschen gewinnen, gemeinsam für diese Ziele und Visionen zu streiten. Wir wollen die Zukunft selbst bestimmen!

**Am 22./23. September 2000 auf einer Konferenz in Berlin werden wir zur Halbzeit eine Bilanz der Regierungspolitik ziehen. Dort werden wir unsere Zukunftskonzepte diskutieren, uns weiter über gemeinsame politische Schwerpunkte verständigen.**

**Und wir werden für unsere Ziele demonstrieren, bunt und vielfältig, unter anderem zusammen mit der Gewerkschaftsjugend.**

**Politik braucht Einmischung! - Her mit dem schönen Leben!**

# Euro-Crash und Euro-Visionen: Europa kann nicht warten!

Von Tom Sauer

Die ganze Nation verarmt ob des schwindsüchtigen Euro, will uns der Landesgruppenchef der CSU im Bundestag einreden. Es bleibt abzuwarten, ob die CSU mit ihrer neuen Demagogie-Offensive genauso einknicken muss, wie mit ihrer Unterstützung für die „Kinder-statt-Inder“-Kampagne des einstmaligen „Zukunftsministers“ Rüttgers. Wie auch immer: Das Demagogie-Potenzial der CSU bleibt gefährlich. Vermeintliche Modernität kann jeder Zeit wieder umschlagen in dümmlichen Nationalismus. Bündnis 90 / Die Grünen in Bayern sollten dafür gewappnet sein, die Auseinandersetzung um Europa mit der konservativen Knödelpartei offensiv zu führen. Das Thema „Europa“ gehört wieder ganz oben hin auf die bündnisgrüne Agenda.

## **Euro-Crash: Fehldiagnosen**

Kreativität beim Vermarkten der eigenen Ideen gehört zum politischen Geschäft. Es ist aber schon erstaunlich, was alles für den sinkenden Euro-Kurs verantwortlich sein soll: Lafontaines Agieren als Finanzminister, die Holzmann-Intervention des Bundeskanzlers, die italienische Regierungskrise, der sozialpolitische „Strukturkonservatismus“ Europas, vermutlich auch das Wetter und das Ozonloch. Die Beliebigkeit der Argumente macht deutlich: Der Zweck heiligt hier die Mittel und verstellt den Blick auf eine ernsthafte Analyse der Wechselkursentwicklung.

## **Euro-Crash: Europa kann nicht warten!**

Was dabei übersehen wird: Weder bedeutet die bloße Einführung des Euros die „Krönung der wirtschaftlichen Integration“ Europas, noch kann die Europäische Zentralbank allein die „Macht des Souveräns“ symbolisieren, der diese Währung garantiert. Das politische Projekt einer europäischen Wirtschafts- und Sozialunion ist immer noch unvollendet. Deswegen agiert die Eu-

ropäische Zentralbank – als einzige Zentralbank der Welt - in einem institutionellen Vakuum, dass sie zwangsläufig überfordern muss. Wir haben zwar den Euro, aber immer noch kein politisches und demokratisch legitimes Euroland. Noch haben wir elf Euro-Länder, deren nationalstaatliche Kompetenzen weitgehend beschnitten wurden, aber keine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik des gemeinsamen Eurolands. Wie gefährlich das ist, offenbarte die Mai-Tagung der Euro-11-Finanzminister. Bislang war es nach diesen Tagungen üblich, dass jeder der 11 Euro-Finanzminister einzeln an die Mikrofone trat und seine persönliche Interpretation der Ergebnisse abgab. Bei der letzten Tagung führte dieses Chaos zum Desaster. Die portugiesische Ratspräsidentschaft, der Franzose Laurent Fabius und der Deutsche Hans Eichel gaben völlig entgegen gesetzte Versionen der Euro-11-Diskussionen zum Besten. Ergebnis: Der Euro brach weiter ein! Jetzt endlich wurden Konsequenzen gezogen: Zukünftig soll nur noch der jeweilige Vorsitzende über die Ergebnisse berichten. Dieser kleine Schritt in die richtige Richtung zeigt, wie mühsam sich die Erkenntnis durchsetzt, dass die Europäische Zentralbank in ein solides wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisches Umfeld eingebettet werden muss. Daher braucht diese Debatte einen neuen Schub: Europa kann nicht warten!

## **Euro-Visionen: Wadde-hadde-dudde-da?**

Bislang beschränkte sich der deutsche Beitrag zu den Euro-Visionen auf „Wadde-hadde-dudde-da?“ und ein „Piep, piep, piep – ich hab Dich lieb“. Auf politischer Ebene waren Visionen eher verpönt. Schlimmstenfalls wurde dunkel von einem „europäischen Gründungs-Mythos Kosovo“ geraunt. Diese Zeiten sind – hoffentlich - vorbei. Ohne Visionen verkommt praktische Poli-

tik zur pragmatischen Beliebigkeit. Dies gilt erst recht für Europa. Die Berliner Rede Joschka Fischers zeigt, dass diese Erkenntnis langsam Platz greift: Sie war mehr als überfällig. Allerdings: Die Vision, die sie enthielt, ist noch zu technokratisch, aus einem machtpolitischen Blickwinkel nur an die politischen Eliten Europas gerichtet. Pathetisch gesprochen: Um die Herzen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, muss die Debatte jetzt und hier – auch und gerade im Freistaat Bayern – beginnen, wie wir der Vision einer solidarischen und ökologischen Zivilmacht Europa neues Leben einhauchen. Eine gemeinsame Beschäftigungs- und Sozialpolitik in Euroland gehört ganz oben auf die politische Agenda.

#### **Euro-Crash? Die Lehren des Schweinchen Babe**

Ach ja: Wie bedrohlich ist denn nun die Euro-Schwäche? Spätestens seitens der Asienkrise

hat auch der letzte Volkswirt begriffen, dass sich die internationalen Finanzmärkte keineswegs immer rational verhalten. Vielmehr rennen sie wie Schafherden gerne immer in dieselbe Richtung. Das italienische Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, Tommaso Padoa-Schioppa, gab (in der SZ vom 16.5.2000) die Erkenntnisse seiner Forschungen preis: „Ich habe mit vielen Schafen gesprochen, die wissen, dass sie in die falsche Richtung laufen. Sie wollen aber nur in die andere Richtung laufen, wenn sie sicher sind, dass der Rest der Herde folgen wird.“ Wer den Film „Ein Schwein namens Babe“ gesehen hat, weiß: Schafherden brauchen – um in die richtige Richtung zu laufen - ein Gegenüber, das sie verstehen und akzeptieren können. In Europa fehlt dieses – politische - Gegenüber noch. Sorgen wir dafür, dass es so schnell wie möglich Realität wird.

*Tom Sauer ist promovierter Volkswirt und Sprecher des bayerischen Landesarbeitskreises Wirtschaft.*

## **Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Umstrukturierung der Bundeswehr**

Mit der öffentlichen Vorstellung der Empfehlungen der von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzten Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ unter dem Vorsitz des Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker wird nach der Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland vor 45 Jahren nun eine zweite historische Zäsur bundesdeutscher Militärpolitik eingeläutet.

Die Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission unterscheiden sich zwar in einigen Punkten von denen, die die von Minister

Scharping eingesetzte Arbeitsgruppe unter Generalinspekteur von Kirchbach erarbeitet hat. Der Minister ist an keine der Arbeitsergebnisse gebunden. In der wesentlichen Zielbestimmung der Bundeswehr herrscht aber weitgehende Übereinstimmung zwischen allen bisher vorliegenden Reformvorschlägen: An die Stelle der Landesverteidigung (gemäß Art. 87a GG) tritt die Interventionsfähigkeit. Eine Analyse der vorliegenden Papiere lässt zusammenfassend folgende Entwicklung erkennen:

Die Bundeswehr erhält durch die beabsichtigte Aufstockung ihrer sogenannten Krisenreaktionskräfte (Schnelle Eingreiftruppen) auf das zwei- bis dreifache eine strukturelle Angriffsfähigkeit. Durch die Verringerung der Zahl der Wehrpflichtigen und des zivilen Personals, durch Outsourcing nicht-militärischer Komponenten und andere strukturelle Maßnahmen wird Ballast abgeworfen, um die seit 1996 konkret geplanten Anschaffungen neuer Kriegswaffen, die im Zeitraum von 2001 bis 2015 mindestens 210 Mrd. DM verschlingen werden, finanzieren zu können. Diese auf hohe Mobilität und Flexibilität und hohe Präzision der Waffenwirkung abzielende Kriegswaffenmodernisierung, gepaart mit autonomer strategischer Aufklärung soll die Truppe befähigen, gleichzeitig mindestens zwei Kriege – für NATO und/oder EU – weltweit führen und gewinnen zu können. Die rot-grüne Bundesregierung setzt getreu der Vorgabe der geheim gehaltenen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) aus dem Jahr 1992 die Militarisierung der deutschen Außenpolitik fort, um mit der Bundeswehr den "politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können," (VPR) bedeutend zu erweitern.

Vor zehn Jahren waren Bundeswehr und NATO mit der Auflösung des Warschauer Pakts und der Sowjetunion nicht nur der Gegner, sondern auch die Legitimation und die Identität abhanden gekommen. Abgerüstet wurde in den europäischen NATO-Staaten im Gegensatz zum einstigen Gegner dennoch kaum. Russland gibt heute nur ein Sechstel dessen für Rüstung aus, was die Sowjetunion zum Höhepunkt des Kalten Krieges ausgab und es hat sämtliche Verbündeten verloren.

Die europäischen NATO-Staaten hingegen geben nur ein Sechstel weniger aus als vor 15 Jahren. Die NATO expandiert geografisch. Sie leistet sich in Europa dreieinhalb Mal so viel Soldaten und bei den konventionellen Waffensystemen des KSE-Vertrages eine Überlegenheit zwischen 47 und 227 Prozent gegenüber Russland. Hier liegen enorme Abrüstungspotenziale für die NATO, wie wir in unserem Friedensmemorandum 1999 bereits feststellten. Beim Blick auf die konventionellen Kriegsmarinen wird die Überlegenheit der NATO besonders augenfällig. Allein die europäischen NATO-Staaten liegen bei Überwasserkampfschiffen 214 zu 25 und bei U-Booten mit 104 zu 38 gegenüber Russland vorn.

Doch solche Fakten, die eine außerordentliche konventionelle Überlegenheit der NATO belegen, finden keinen Eingang in die vom Ministerium geforderten Bedrohungsanalysen. Stattdessen feilen Militärs seit zehn Jahren an neuen strategischen Konzepten, in denen neue – im Unklaren gehaltene – Risiken und Bedrohungspotenziale angedeutet werden und sogar der Bundeswehreinsatz für wirtschaftliche Zwecke vorgesehen ist. In einer beispiellosen "Salamitaktik" wurde versucht, das bisherige Bundeswehr-Image eines altertümlichen Fossils des Kalten Krieges zu desavouieren und mit dem Slogan "Schützen - Retten - Helfen" die Notwendigkeit stetig wachsender Militäreinsätzen weit entfernt von Europas Gestaden bis hin nach Kambodscha und Somalia zu begründen. Dass dies vor allem Public Relation war, zeigte sich spätestens mit den deutschen Beteiligungen an den Bundeswehr-Auslandseinsätzen im ehemaligen Jugoslawien ab August 1995.

Die Kohl-Regierung betrieb schrittweise eine Aushöhlung des Grundgesetzes und arbeitete systematisch an der Unterminierung des deutschen Nachkriegskonsenses der außenpolitischen Zurückhaltung. Ihre Politik missachtete den Artikel 87a GG, wonach Deutschland nur zur Landesverteidigung Streitkräfte aufstellen darf. SPD und Grüne brachen mit ihren antimilitaristischen Grundsätzen. Mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien brachen sie sogar das Völkerrecht, den 2+4-Vertrag und das Grundgesetz. Die NATO erweiterte nicht nur ihr Bündnisgebiet, sondern auch ihr Kriegsführungsgebiet "out of area".

Die öffentliche Philosophie dieser Kriegseinsätze speist sich aus einer Verpflichtung für die Menschenrechte und dem Kampf gegen ihre Verletzung. Der Menschenrechtsbegriff wird dabei unzulässig verengt, instrumentalisiert und selektiv angewendet. Der Kampf um den Schutz von Menschenrechten erweist sich im Krieg gegen Jugoslawien als vorgeschoben. Der verheerende Bombeneinsatz gegen zivile Ziele in Jugoslawien führt die menschenrechtliche Begründung per se ad absurdum. Die Schädigungen für die jugoslawische Bevölkerung sind lang anhaltend und bergen - bei andauerndem Embargo - die Gefahr in sich, ähnliche inhumane Folgen zu zeitigen, wie sie das zehnjährige Embargo gegen den Irak hervorgerufen.

Diese von den Vereinigten Staaten zusammen mit ihren Verbündeten geführten Kriege stellen – klassisch - die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln dar. Zur Durchsetzung zum Teil unannehmbarer Forderungen (Rambouillet) wird mit militärischen Drohungen nachgeholfen. Wird den Forderungen nicht nachgekommen, gnadenlos bombardiert. Leidtragen-

de sind immer nur die Zivilbevölkerung dieser Länder und besonders Kinder. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien führte zudem erstmalig zu einem offenen Bruch der UN-Charta und setzte an ihre Stelle das nackte Faustrecht des Stärkeren.

Diese Art von "Konfliktlösung" ist antiquiert und gehörte längst auf den Müllhaufen der Geschichte. Sie widerspricht dem Versprechen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung, wonach deutsche Außenpolitik „Friedenspolitik“ sei. Sie widerspricht auch den Versprechungen, Außen- und Sicherheitspolitik vornehmlich als „präventive“ Krisenverhütung bzw. als zivile Konfliktbearbeitung zu betreiben.

Zur Ausrüstung der 140.000 (Weizsäcker-Papier) bzw. 157.000 (Kirchbach-Papier) Mann „präsen-ter Einsatzkräfte“ sollen speziell konzipierte Kriegswaffen angeschafft werden. Sie sind in den Papieren zum Teil nicht ausdrücklich benannt, in jedem Fall ausdrücklich nicht quantifiziert. Sie werden hinter Sammelbegriffen versteckt, wie z.B. "Präzisionsbewaffnung mit Abstandsfähigkeit unter Allwetterbedingungen", worauf die Weizsäcker-Kommission den Schwerpunkt in der Ausrüstung legen möchte. Diese Waffen sind seit Jahren in der Forschungs-, Entwicklungs- oder Erprobungsphase bzw. ihre Herstellung hat bereits begonnen. Dazu zählen

- die extrem kampfstarken neuen 80 (von geplanten 212) Kampfhubschrauber TIGER, zur Herstellung einer neuen Deep-Battle-Kapazität des Heeres;
- ab 2003 neuartige Präzisions-Kampfdrohnen TAIFUN, die in Schwärmen abgefeuert noch in 170 km Entfernung Gefechtsstände von Panzern und LKW unter-

scheiden können sollen, um sie zu zerstören;

- für die Deutsche Marine völlig neuartige speziell für den Flachwasserkrieg vor fremden Küsten konzipierte Korvetten. Von ihnen sollen speziell Ziele an Land bekämpft werden können. Für die ersten fünf (von geplanten 15) soll das Bewilligungsverfahren noch vor der Sommerpause der Bundestages abgeschlossen werden;
- bis 2006 drei neue Fregatten, die zusammen mit den Korvetten den Verbund des Seekrieges von Hoher See aus in die Küste hinein ermöglichen sollen. Diese F 124 sind mit rund 1,3 Mrd. DM pro Stück die teuersten deutschen Kriegswaffen aller Zeiten;
- ab 2006 für Heer und Marine neuartige - in der Welt einzigartige - manuell über ein Kabel lenkbare Präzisionsflugkörper POLYPHEM, die in noch 100 km Entfernung gezielt durch Fenster lenkbar sein sollen, um dann zu explodieren;
- neue außenluftunabhängige U-Boote, von denen zunächst vier (von insgesamt 12) bis 2006 angeschafft werden sollen. Mit neuen Hochleistungstorpedos werden sie zu den kampfstärksten konventionellen U-Booten der Welt;
- ab 2002 neue deutsche Marschflugkörper TAURUS für die TORNADOS mit einer Reichweite von 350 km zur Zerstörung verbunkelter Ziele;
- ab 2005 soll das erste EUROFIGHTER-Geschwader einsatzfähig sein;
- ab 2010 acht neue Fregatten F 125 zum artilleristischen und Flugkörperbeschuss fremden Territoriums und zur Abwehr ballistischer Flugkörper.

Zusätzlich werden u.a. neue Transportkapazitäten zu Lande (GTK), zu Wasser (Einsatz-

gruppenversorger, Weizsäcker: Truppentransporter,) und in der Luft (Hubschrauber NH-90, luftbetankbare Transportflugzeuge FTA) verlangt. Neben der weltumspannenden Satellitenkommunikation zur Truppenführung soll in europäischer autonomer Regie eine globale militärische Satellitenaufklärung treten.

Die qualitative Aufrüstung führt unweigerlich zu folgender verheerender Konsequenz: Je eher die qualitativ neuen Offensivwaffen in der Bundeswehr eingeführt und die entsprechende Führungsstruktur implementiert ist, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit und die Bereitschaft von Politik und Militär, mit Krieg zu drohen und die Waffen auch einzusetzen. Kriege mit deutscher Beteiligung würden dann zunehmen. Die Absicht der Weizsäcker-Kommission, die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, pro Jahr zwei größere „Kriseneinsätze“ à la Kosovo im Ausland gleichzeitig durchzuführen, bedeutet nichts anderes, als den Kriegsfall zum Normalzustand der Bundeswehr zu machen.

Das Motto rot-grüner Außenpolitik: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik" wird ins Gegenteil verkehrt. Ehrlicherweise müsste es dann heißen: "Deutsche Außenpolitik ist Kriegspolitik".

Allein für die Umsetzung der bereits im Bundeswehrplan 1997 vorgesehenen 30 "Wesentlichen Großvorhaben" würden ab 2001 nicht weniger als 140 Mrd. DM Investitionsmittel aufgebraucht werden müssen. Die insgesamt über 200 Waffenprojekte werden zwischen 2001 und 2015 mindestens 210 Mrd. DM verschlingen. Dies würde jährliche Investitionen von 14 Mrd. DM voraussetzen. Die Weizsäcker-Kommission legt ihrem Finanzmodell bis

2010 eine Investitionssumme von insgesamt 120 Mrd. DM zu Grunde, also jährlich 12 Mrd. DM. Dies würde sicher nicht ausreichen, die selbst gesteckten ehrgeizigen Aufrüstungspläne zu finanzieren. Für die von der Weizsäcker-Kommission geforderten „kostspieligen Modernisierungsmaßnahmen“ werden aber die veranschlagten zusätzlichen Mittel von drei Mrd. DM pro Jahr nicht ausreichen; realistischer sind fünf Milliarden. Wie diesen Ansprüchen zu entsprechen ist, liegt zunächst beim Verteidigungsministerium: Entweder werden die Beschaffungen gestreckt bzw. gestrichen oder der Etat wird entsprechend erhöht oder es wird entsprechend mehr bei den Personal- und Betriebskosten gekürzt.

Das Weizsäcker- und Kirchbach-Papier gleichen sich auch in puncto Größe der Teilstreitkräfte Luftwaffe und Marine und bei der Anzahl der Berufs- und Zeitsoldaten. Allerdings gibt es hinsichtlich der Anzahl der Wehrpflichtigen eine beachtliche Differenz von 84.500 (Kirchbach) zu 30.000. Die ist auch bestimmend für die Unterschiede in der Personalstärke des Heeres und der Gesamtpersonalstärke (Kirchbach 290.000, Weizsäcker 240.000). Leider wird die öffentliche Diskussion fast ausschließlich von dieser Debatte bestimmt, obwohl sie - im Kontext der grundsätzlichen Neuausrichtung der Bundeswehr auf Out-of-area-Einsätze eher als Marginalie zu bewerten ist. Denn die Fähigkeit zum Militärinterventionismus der Bundeswehr war und ist nicht davon abhängig, ob es eine Wehrpflicht gibt oder nicht. Der Charakter der Bundeswehr wird künftig von ihrer Kriegsführungsfähigkeit bestimmt sein und nicht von der Tatsache, ob sie dies als Wehrpflichtigen- oder Freiwilligenarmee bewerkstelligt.

Die Weizsäcker-Kommission sieht erhebliche Einsparmöglichkeiten bei den Kampf- und Schützenpanzerbeständen. Sie sollen von 5.600 auf 3.500 reduziert werden, die gepanzerten Transportfahrzeuge von rund 3.300 auf 2.000. Dass dies „nahezu eine Halbierung der heute vorhandenen Hauptwaffensysteme“ bedeute, lässt sich aus dem Zahlenmaterial der Kommission zwar nicht belegen. Dennoch: Der Vorschlag ist begrüßenswert. Gemessen am Gleichgewicht der Kräfte zwischen Russland/Weißrussland auf der einen und der NATO auf der anderen Seite im Europa des KSE-Vertrages vom Atlantik bis zum Ural würde allerdings eine proportionale Abrüstung auf das russische Niveau für Deutschland allein die Kampfpanzerzahl von 3.136 auf 1.306 verringern können. Zur Erklärung: Die NATO verfügt im KSE-Europa über die 2,27-fache Menge an Kampfpanzern wie Russland/Weißrussland.

In unserem Friedensmemorandum 1999 haben wir für die „proportionale Reduzierung der Bundeswehr entsprechend ihres Anteils an der Überrüstung in Europa“ gegenüber Russland/Weißrussland plädiert. Auf der Basis aktualisierter Zahlen bedeutet dies im Einzelnen:

- Das Heer lässt sich von 26 Kampfbrigaden auf 11 Brigaden reduzieren, die Kampfhubschrauberverbände von jetzt 3 Regimentern und 1 Staffel auf 2 Regimenter, die Luftwaffengeschwader von 10 auf 6.
- Die Deutsche Marine lässt sich auf unter ein Viertel ihrer derzeitigen Größe reduzieren. Insbesondere 12 der 14 Fregatten können sofort stillgelegt werden.
- Die Bundeswehr wird mit höchstens 120.000 Soldaten und rund 50.000 Zivilangestellten auskommen. Wehrpflicht und Zivildienst entfallen.

- Die Aufgaben der Bundeswehr bleiben auf Landes- und Bündnisverteidigung beschränkt, so dass die Schnellen Eingreiftruppen aufzulösen sind. Das ist auch mit einer Abkehr von der Militarisierung der EU verbunden.
- Für Waffensysteme sind die Beschaffungsvorhaben zunächst auszusetzen und die Forschung, Entwicklung und Erprobung neuer Offensivwaffen einzustellen.

Die Umsetzung sämtlicher Abrüstungsmaßnahmen bis 2006 würde bis 2010 schätzungsweise 200 Mrd. DM für andere Maßnahmen der Prävention, der Konversion, der zivilen Katastrophenhilfe, für das Gesundheitswesen und die Pflege- und Altendienste freisetzen.

- Der KSE-Vertrag ist auf die OSZE auszuweiten. Dabei sollten reduzierte Obergrenzen angestrebt werden, die zunächst etwa auf der Hälfte der von uns befürworteten Größen liegen. Neu sollte die Marine ebenso einbezogen werden wie Abstandswaffen aller Art.

F.d. Bundesausschuss Friedensratschlag:  
Lühr Henken und Dr. Peter Strutynski  
Kassel/Hamburg, den 23. Mai 2000

Die Brisanz des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der NATO gegen Jugoslawien und der globalen Neuausrichtung der NATO-Kriegspolitik ist den Ländern des Südens sehr wohl bewusst. Im April 2000 verurteilten die Regierungsvertreter der 133 Staaten der Blockfreien ("Südgipfel") "entschieden" die sogenannten "humanitären Interventionen" der NATO, ohne das Mandat der UNO eingeholt zu haben. Der Südgipfel repräsentiert fünf der sechs Milliarden Erdenbürger. Sie brauchen keine Militärbündnisse und keine Interventionstruppen, sondern Hilfe zum Überleben, Unterstützung bei der nachhaltigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung des Globus. Militär wird darin keinen Platz mehr haben. Auch in Deutschland stehen andere Probleme auf der Tagesordnung als der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Die Zeit ist reif für mehr Abrüstung. Das hat die Weizsäcker-Kommission leider nicht verstanden.

## Initiative zur Ächtung von Munition mit abgereichertem Uran

Am 21. März 2000 hat die NATO der UN-Organisation UNEP offiziell mitgeteilt, im Kosovo-Krieg etwa 31.000 Granaten mit abgereichertem Uran eingesetzt zu haben. Bündnis 90/Die Grünen hat sich - wie viele andere Organisationen wie IPPNW und Umweltverbände auch - in der Vergangenheit mehrfach gegen den Einsatz von Uran-Munition ausgesprochen, u.a. auch im Beschluß des Sonder-Parteitages am 13. Mai 1999 in Bielefeld.

### Notwendige Schritte

Zur der Verhinderung des künftigen Einsatzes von DU-Munition und zur Minimierung der konkreten Gefahren in halten wir folgende Schritte für notwendig:

1. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erarbeitet gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Antrag mit dem ein Beschluß des Deutschen Bundestages herbeigeführt wird, der sich für die Ächtung von DU-Munition ausspricht und gleichzeitig und die Bundesregierung beauftragt, eine Initiative für den Abschluß eines internationalen Abkommens über ein Verbot von Waffen, die abgereichertes Uran enthalten, zu ergreifen.
2. Die Bundesregierung setzt sich bei der NATO dafür ein, genauere Daten als bisher über den Einsatz in Jugoslawien an die betreffenden Stellen (UNEP; KFOR, lokale Behörden) herauszugeben.
3. In den betroffenen Gebieten müssen ausreichend Sicherheitsmaßnahmen, sowohl für die Soldaten, als auch die Zivilbevölkerung durchgeführt werden (Absperrungen, Sicherung durch ein ABC-Team, Aufklärung der Bevölkerung, Gesundheitsuntersuchungen). Soweit dies nicht bereits eingeleitet ist, wird die Bun-

desregierung aufgefordert, entsprechende Initiativen zu ergreifen, wo möglich in Kooperation mit anderen Ländern und Institutionen.

4. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wirkt daraufhin, daß das Verteidigungsministerium für die Durchführung von Vorsorgemaßnahmen für Bundeswehrsoldaten Sorge trägt und diese über Entschädigungsmöglichkeiten für sie bzw. ihre Angehörigen aufklärt.

### Begründung

#### ***Verwendung von DU-Munition***

Abgereichertes Uran, ein Abfallprodukt der sogenannten zivilen Nutzung der Atomtechnik, ist der schwerste quasi natürlich vorkommende Stoff und um ein Vielfaches härter als Stahl. D.h., es kann Stahl leicht brechen und durchdringen, deshalb wird es von militärischer Seite als ideales Material für panzerbrechende Munition angesehen. Munition mit abgereichertem Uran gibt es in Kalibern von 20 – 120 mm, wobei die größeren von Panzern und Flugzeugen abgeschossen werden, die kleineren von Maschinengewehren. Die Apache-Hubschrauber sind standardmäßig mit dieser Munition ausgestattet. Moderne US-Panzer, wie z.B. der Abrams Panzer, haben ihren Schutzmantel durch abgereichertes Uran gehärtet.

Viele Staaten, Großbritannien, Rußland, Türkei, Saudi Arabien, Pakistan, Thailand, Israel, Frankreich und allen voran die USA entwickeln DU-Munition oder verfügen bereits darüber. Zum ersten und einzigen Mal vor dem Kosovo-Krieg wurden diese Granaten im 2. Golfkrieg 1991 (Operation Desert Storm) eingesetzt.

Die Bundeswehr selbst besitzt bislang keine DU-Munition, trotzdem steht sie zum einen im NATO-Verband indirekt in der Verantwortung für den

Einsatz dieser Waffen. Zum anderen besteht für die Bundeswehrsoldaten, die derzeit im Kosovo stationiert sind die Gefahr eines Kontaktes mit abgereichertem Uran.

### ***Gesundheitsschädliche Wirkung von DU-Munition***

Beim Aufschlag von DU-Granaten kommt es zu einer Feinzerstäubung des Uran, seiner Entzündung und damit zu einer Freisetzung von Uranoxid in der Umwelt. Uran ist ein Schwermetall und wie alle Schwermetalle giftig. Zudem ist es ein schwach radioaktiver Alpha-Strahler.

Die Partikel, die hundertmal kleiner sind, als ein Sandkorn, können eingeatmet werden oder durch Wunden in den Körper gelangen. Je nach Verbrennungstemperatur sind die Partikel in Körperflüssigkeit löslich, dann wird ihre giftige Eigenschaft wirksam, oder sie haben durch die Verbrennungshitze die Eigenschaft von Keramik angenommen und sind unlöslich. Dann sitzen sie im Körper fest und entfalten über Jahre ihre radioaktive Wirkung. Zwar ist das abgereicherte Uran schwächer strahlend als Natururan, dies als Argument für die Unbedenklichkeit abgereicherten Urans zu verwenden entbehrt der Seriösität. Entscheidend ist nicht das Verhältnis der Strahlung von Natur Uran und abgereichertem Uran, sondern daß das abgereicherte Uran ein Alpha-Strahler ist, den sowohl Soldaten, als auch Zivilisten nach einem Einsatz in ihren Körper aufnehmen können. Mit Natururan kommt der Mensch in der Regel gar nicht in Kontakt, außer in den Uranabbaugebieten und dort gibt es signifikant erhöhte Strahlenerkrankungen.

Die Ausbreitungspfade für abgereichertes Uran aus den Granaten sind zum einen die Luft, insbesondere durch Brand nach Einschlag des Geschosses. Zum anderen lagern sich die Partikel im Boden oder im Wasser ab und entfalten dort ihre Langzeitwirkung.

### ***Bewertung der Wirkung von abgereichertem Uran auf den menschlichen Organismus***

Die Wirkung von abgereichertem Uran auf den menschlichen Organismus wird unterschiedlich bewertet, eine nicht unerhebliche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die drohenden Schadenersatzforderungen der US-amerikanischen Irak-Veteranen, die entweder selbst erkrankt sind, oder mißgebildete Kinder gezeugt haben. Besorgniserregend sind die Berichte von deutschen und kanadischen Ärzten über die Zunahme von Erkrankungen und Mißbildungen von Kindern im Irak durch abgereichertes Uran, wenngleich strittig bleibt, wie eindeutig der Wirkungszusammenhang zwischen dem Kontakt der Kinder oder ihrer Eltern mit abgereichertem Uran und den Erkrankungen zu belegen ist. Festzustellen ist jedoch, daß sowohl die NATO, als auch die UNEP (United Nations Environmental Program) von einem Gesundheitsrisiko bei Kontakt mit DU-Munition ausgehen.

In der NATO-Warnung vom 30. Juni 1999 wurde demzufolge folgende Handlungsanweisung herausgegeben: "DU-Munition ist sicher und effektiv. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass Schwermetall-Toxizitätsreste in gepanzerten Fahrzeugen, die von DU-Geschossen getroffen wurden, ein Gesundheitsrisiko für Personen darstellen, die Zugang zu solchen Fahrzeugen haben. KFOR-Soldaten sollten sich daher nur dann in beschädigte gepanzerte Fahrzeuge begeben, wenn dies für den Auftrag unerlässlich ist oder wenn lebensrettende Maßnahmen dies erfordern, und die Berührung verschossener DU-Geschosse oder anderer möglicherweise kontaminierter Materialien vermeiden. Muss dennoch ein solches Fahrzeug bestiegen werden, sind besondere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Hierzu gehören das Tragen eines zugelassenen Atemschutzgerätes und das Abdecken unbekleideter Körperstellen. Diese Personen sind den vorgesetzten Stellen und dem Sanitätspersonal zur entsprechenden Beurteilung des gesundheitlichen Risikos und zur Dokumentation eines möglichen Kontakts zu melden. Auftragsbezogene Schutzmaßnahmen der Stufe IV

sind nicht erforderlich, können aber bei Bedarf ergriffen werden. Weitere Anweisungen können beim präventivmedizinischen Personal erfragt werden. Soldaten, die auf verschossene DU-Munition oder gepanzerte Fahrzeuge stoßen, von denen sie wissen oder vermuten, dass sie von DU-Munition getroffen wurden, melden den genauen Standort dieser Objekte an ihre Vorgesetzten weiter.“ Unter Nummer 3 heißt es: “Außerdem sollten NGOs und zurückkehrende Flüchtlinge auf die mit Schwermetallkontakten verbundenen möglichen Gefahren aufmerksam gemacht werden.”

Die Balkan Task Force der UNEP bleibt in ihrem Bericht vom Herbst 99 in ihrer Einschätzung der konkreten Gefahren in Jugoslawien gezwungenermaßen allgemein da ihr bis dahin keine konkreten Informationen über den Einsatz von Uranwaffen zu Verfügung standen. In diesem Teil des Berichtes, der u.a. auch von zwei Vertretern der IAEA abgefaßt wurde, wird jedoch festgestellt, daß die höchste Gefährdung in unmittelbarer zeitlicher und örtlicher Nähe der Granateneinschläge gegeben war und daß nicht auszuschließen ist, daß Menschen schwerer kontaminiert wurden. Zur Feststellung des Ausmaßes seien Gesundheitsuntersuchungen durchzuführen. Es bestehe die Möglichkeit der Verbreitung des Urans durch kontaminierte Fahrzeuge und Teile bzw. Staub, was durch adäquate Information und Handlungsanweisungen zu verhindern sei. Es wird eine umfassendere Information durch die NATO gefordert, ob und wo Uranmunition eingesetzt worden ist und die Durchführung weiterer Messungen so schnell wie möglich in den potentiell gefährdeten Gebieten.

Auch ein deutsches Gericht mußte sich bereits mit der Gefährdung durch angereichertes Uran beschäftigen. Nachdem der deutsche Arzt Prof. Dr.

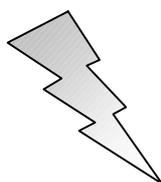
Sieghart Günther, der 1992 aus dem Irak ein DU-Geschoß zur weiteren Untersuchung nach Deutschland gebracht hatte, wurde er vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten zu 3000.- DM Strafe wegen Verstoß gegen das Atomgesetz verurteilt. In der Begründung heißt es u.a.: “Das Projektil hat eine raue Oberfläche, die bei Berührung einen radioaktiven Abrieb erzeugt. Durch falschen Umgang mit dem Projektil entsteht die Gefahr der Kontamination und Inkorporation radioaktiven Materials, was zu einer Gesundheitsgefährdung führen kann.”

### ***Völkerrechtliche Bewertung***

Das humanitäre Kriegsvölkerrecht sieht das Verbot des Einsatzes von bestimmten Waffen vor, entweder durch Ächtung der Waffen oder aufgrund der “unterschiedslosen Wirkung” von Waffen, die die Zivilbevölkerung genauso gefährden, wie das Militär.

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen ist Auffassung, daß Munition mit angereichertem Uran als Munition mit unterschiedsloser Wirkung angesehen werden muß. Insbesondere die Erfahrungen aus dem Irak zeigen, daß diese Munition eine große Gefahr für die Zivilbevölkerung, z.B. von mit der Munition spielenden Kindern, auch noch Jahre nach dem Einsatz darstellt. Da die Durchsetzung eines Verbotes des Einsatzes einer Waffe jedoch wesentlich einfacher ist, wenn diese explizit geächtet ist, wird die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen eine Initiative zur Ächtung von Waffen mit angereichertem Uran starten.

Initiativen zur Ächtung bestimmter Waffen, auch in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, ist schon seit langem Teil grüner Politik, siehe z.B. die Landminenkampagne.



# Außenpolitik

Föderation der Grünen  
Krakau  
ul. S<sup>3</sup>awkowska 12  
31-014 Kraków

Krakau, 3. 04. 2000

Herr Joschka Fischer  
Außenminister der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Minister,

In Krakau plant die deutsche Developerfirma IVACO aus Köln den Bau eines Supermarkts, eines Einkaufszentrums und eines mehrgeschossigen Parkplatzes in der Stadtmitte. Die Investition verstößt gegen das polnische Recht, denn sie übertritt den lokalen Raumordnungsplan, sowie das Eigentumsrecht und das polnische Baurecht. Aus ökologischer Sicht ist sie katastrophal für unsere Stadt. Schon seit einigen Jahren versuchen die Krakauer Umwelt- und Bürgerinitiativen, die Investition aufzuhalten. In diesem Fall führt die Staatsanwaltschaft und die Polizei schon zwei unterschiedliche Gerichtsverfahren, und der öffentlichen Meinung nach, gilt der Fall als eine große Affäre, nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus finanzieller Sicht. Der Wojewode von Ma<sup>3</sup>opolska hat auf unseren Antrag die Bauerlaubnis als rechtswidrig widerrufen.

Mit desto größerem Erstaunen entnehmen wir die Tatsache, daß sich der deutsche Konsul in Krakau, Herr Zeitz in die Durchsetzung dieser Investition engagiert hat. Seine Anwesenheit und seine Aussagen während der von IVACO am 23. März 2000 organisierten Pressekonferenz müssen wir als einen unzulässigen Druck auf unsere Stadtverwaltung betrachten, einen Druck, den man in der Tat nur als eine Aufforderung zur Verletzung des polnischen Rechts verstehen kann. Alles ereignet sich in der Atmosphäre der Erpressung mit den Entschädigungen, die angeblich von unserer Stadt ausgezahlt werden müssen, wenn die Investition nicht realisiert wird. Die deutschen Vertreter des Investitionsträgers haben sich auch in der Anwesenheit des Konsuls geäußert, daß sie nicht die Absicht haben, mit den Vertretern der Bürgerinitiativen zu verhandeln, und die möglichen Proteste der Ökologen bezeichneten sie als einen Beweis für den zivilisatorischen Rückschritt.

Wir empfinden diese Verhaltensweise als unpassend für einen Diplomaten, besonders wenn an der Spitze des deutschen Außendienstes ein Vertreter der Partei der Grünen steht, mit deren Eintritt in die Regierung auch die polnische Umweltbewegung in der Zeit des sich einigenden Europas viele Hoffnungen verband.

Deshalb appellieren wir an Herrn Fischer, die Konsequenzen, dem Konsul und IVACO gegenüber zu ziehen. Ihre Tätigkeit widerspricht dem in unserer Verfassung enthaltenen Prinzip der nachhaltigen Entwicklung und schadet der Verständigung zwischen unseren Ländern.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der Föderation der Grünen - Krakau - Olaf Swolkieñ

## Die Antwort aus dem Auswärtigen Amt:



**AUSWÄRTIGES AMT**

Gz.: AS-AWF-413.GA/E POL

(Bitte bei Antwort angeben)

Briefadresse: Auswärtiges Amt 11013 Berlin

Berlin, 28. April 2000

Telefon (01888) 17 - 0 / Fax: 17-3402

Referat: AS-AWF, Verfasser: VLR Eckert

Durchwahl: 17 - 4971 / Fax: 17 - 54971

Fax Sekretariat: (01888) 17 - 1060

An die  
Föderation der Grünen Krakau  
z.Hd. Herrn Swolkien  
ul. Slawkowska 12  
31-014 Kraków

P O L E N

Sehr geehrter Herr Swolkien,

Bundesaußenminister Fischer hat mich beauftragt, Ihnen für Ihren Brief vom 03.04.2000 zu danken und ihn zu beantworten.

Die von Ihnen erhobenen Vorwürfe gegen Generalkonsul Zeitz vermag ich nicht zu teilen. Zu den dienstlichen Aufgaben des Generalkonsuls gehört es, sich für mögliche deutsche Investoren/Investitionen in Polen zu verwenden. Seine Anwesenheit bei der Pressekonferenz der Developerfirma IVACO fällt in diesen Rahmen und ist nicht zu beanstanden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Heinrich Eckert  
(Vortragender Legationsrat)

Dienstgebäude  
Warderscher Markt 1  
10117 Berlin

Internet  
<http://www.auswaertiges-amt.de>  
E-Mail  
[poststelle@auswaertiges-amt.de](mailto:poststelle@auswaertiges-amt.de)

Erreichbar mit  
U-Bahn-Linie U2  
U-Bhf. Spittelmarkt  
bzw. Hausvogteiplatz